

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 50 Pf., Postzeitungsgeld Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259.

Freitag, den 4. November 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Wohnungsreformprojekte.

Man kann bei den sozialen Uebeln der Gegenwart zwei Arten unterscheiden: die einen, welche untrennbar mit dem Bestand der bestehenden Gesellschaftsordnung verbunden sind; ein solches Uebel ist zum Beispiel die Arbeitslosigkeit und überhaupt die Existenz, welche nicht notwendig mit dem Bestehenden zusammenhängen, sondern unter gewissen Bedingungen aufgehoben werden können, ohne daß damit das Wesen des Kapitalismus beseitigt wäre. Zu diesen gehört die Wohnungsfrage.

Unter gewissen Bedingungen können die Uebel der letzten Art abgeschafft werden: vor allem unter der Bedingung einer demokratischen und verständigen Regierung, welche, obwohl kapitalistischer Natur, doch nicht in blinder Einseitigkeit sich immer auf die Seite des Kapitals stellt, sondern klug genug ist, da, wo es angeht, Konzessionen zu machen; eine Regierung also etwa wie in England oder der Schweiz. Bei uns haben Betrachtungen über mögliche Reformen dieser Art nur theoretisches Interesse, denn hier hat die Regierung blindlings zu, wo nur irgendwie sich etwas in der Arbeiterklasse regt, wodurch auch nur das allerschlimmste Ausbeuterinteresse geschädigt wird. Sie macht den Konsumvereinen das Leben sauer und bis zu einem gewissen Grade unmöglich, damit die Krämmer ihre Profite an den Arbeitern nehmen können, denn das Interesse der Krämmer steht ihr höher wie das Interesse der Arbeiter; und sie wird keine Wohnungsreform irgend nennenswerther Art zulassen, weil dadurch die Interessen der Hausbesitzer, die neben denen der Börsenspekulanten und Bucherer vielleicht allerniederträchtigsten Interessen innerhalb unserer Gesellschaft, geschädigt werden. Trotzdem mag es sich verlohnen, ab und zu einen Blick auf die diesbezüglichen Anstrengungen bürgerlicher Idealisten zu werfen, weil die Betroffenen dadurch in einer heilsamen Erbitterung befestigt werden.

In Frankfurt a. M. hat sich ein Verein gebildet mit dem merkwürdigen Namen „Verein Reichswohnungs-gesetz“, welcher eine unter den heutigen Verhältnissen sich mögliche und dabei durchaus wirksame Reform des Wohnungswesens auf Grund eines Reichsgesetzes anstrebt.

Nach einer Broschüre von R. v. Mangoldt fordert derselbe folgende sechs Gruppen von Reformmaßregeln:

1. Einführung einer Wohnungsinspektion und der Zonen-einteilung für bebauten Gelände.
2. Die allgemeine Revision der Bauordnungen und Bauabenspläne im Sinn der moderneren Reformbestrebungen auf diesem Gebiet.
3. Die erzeugende Produktion kleiner Wohnungen durch planmäßige Bildung von Baugenossenschaften und -Gesellschaften und durch deren Unterstützung mit billigem öffentlichen Kredit.
4. Die Beschaffung billigen Baulandes durch Reform des Enteignungsrechts und ähnlicher Maßregeln.
5. Die Reform des Mietrechts, Mietprozesses und der Zwangsvollstreckung.
6. Allgemeine Anregung und Förderung weiterer, vorstehend nicht genannter Reformmaßregeln — wie z. B. des Vorortverkehrs — durch die Organe zur Durchführung der Wohnungsreform.

Das Hauptgewicht dürfte auf den Maßregeln liegen, welche die städtische Grundrente verschwinden machen, respektive in öffentlichen Besitz überleiten, wie sie sub 1 und 4 angedeutet sind. Hier liegt in der That der Kern des ganzen Problems: daß es gestattet ist, daß Leute den Boden um eine Stadt erwerben, der bebaut werden muß, respektive den bereits bebauten Boden besitzen und für dessen Benutzung nun so viel verlangen, wie sie bekommen können. Längst ist durch neuere Untersuchungen nachgewiesen, daß diese städtische „Grundrente“ und der damit zusammenhängende Grundstückspreis gar nichts mit den Ursachen zu thun hat, welche die Grundrente ländlichen Bodens bestimmen, und die man früher nur fälschlich glaubte übertragen zu müssen; sondern daß hier einfach ein Raub nacktester Art vorliegt, den die Besitzer an den Miethern ausüben, und dessen Größe lediglich, wie bei jedem Raub, beschränkt wird durch die Summe, die der Beraubte in der Tasche hat. Mit anderen Worten: Nicht die Entfernung der Grundstücke, nicht etwaige Annehmlichkeiten oder Unannehmlichkeiten der Gegend zc. bestimmen die Höhe der Miete, sondern die Summe, welche

die Mieter aufwenden können für die Wohnung; und die Größe und Einrichtung der Wohnung wird bestimmt durch die äußerste Möglichkeit, in den betreffenden Löhnen zu existieren. Daher die Erscheinung, daß, je schlechter und kleiner die Wohnung, desto verhältnismäßig theurer sie ist; und die noch auffälligere Erscheinung, daß die Miethen nicht steigen, wenn die Polizei das Bewohnen der allerschlechtesten Läden verbietet.

Praktisch vorgegangen ist man in diesen Dingen bis jetzt nur durch einige, natürlich auch nur zaghaft; aber es sind doch wenigstens Versuche, welche die Möglichkeit einer Besserung beweisen. Man hat dort versucht, die Erhöhung der städtischen Grundrente unmöglich zu machen, resp. für die Kommunen abzufangen. Der Frankfurter Verein hat offenbar radikalere Pläne: er will das Bauland enteignen und wohl in den Besitz der Kommune überführen. Falls die Ablösungssumme nicht allzu hoch angenommen wird, ist das ein gar nicht theurer Weg, denn in solchen Fällen sind die Ersparnisse durch die Neuorganisation so groß, daß die Ablösung durch sie allein schon in kürzester Zeit bewirkt wird. Alsdann soll die Neubebauung stattfinden auf Grund neuer Bauordnungen, welche geringere Breite der Straßen, einstöckige Häuser, eventuell mit Garten und weniger tiefe Häuserblocks annimmt, also der scheußlichen Miethskaserne und damit dem Abschneiden der Menschen von der frischen Luft und der Natur den Garauz macht. Hand in Hand damit geht natürlich eine Verbilligung der Fahrverbindungen. Diese kleinen Häuser sollen auf dem kommunalen Boden, dessen Miete nicht gesteigert werden kann, von Baugenossenschaften mit Unterstützung durch billigen Staatskredit gebaut werden. Wie jede Genossenschaft von Konsumenten, wenn sie nur einigermaßen verständig eingerichtet ist, bieten auch derartige Baugenossenschaften die vollständigste Sicherheit, so daß für den Staat dabei kein Risiko entsteht.

Summa summarum: es könnte thatsächlich durch einige einfache Gesetze und ein geringes Eingreifen des Staates in der Wohnungsfrage ein Wandel geschaffen werden und damit eine große Quelle des Leidens nicht nur der Arbeiter, sondern der gesamten ärmeren Bevölkerung verstopft werden. Nur würden dann die Interessen der Hausbesitzer, der Bauunternehmer, der Grundstückspekulanten und Bodenspekulanten und der Leute vom Schläge der Schöneberger (bei Berlin) Millionenbauern geschädigt werden.

Politische Kundschau.

Deutschland.

Zur Reichstagswahlwahl in Schanenburg-Lippe ist jetzt noch ein vierter Kandidat hinzugekommen für die deutsch-soziale Reformpartei in der Person des Redakteurs Böckler aus Schöneberg bei Berlin.

Von der Kreuzfahrt. Am Montag wurde in Jerusalem die Erzbischofskirche durch den deutschen Kaiser eingeweiht. Bei dieser Gelegenheit verlas der Kaiser eine Urkunde, deren Text in Berlin festgestellt und von da nach Jerusalem mitgenommen wurde. Da wir die Urkunde nicht für politisch wichtig genug halten, um sie unsern Lesern mitzutheilen, so nehmen wir von dem Abdruck derselben Abstand. Von Interesse für unsere Leser ist lediglich, daß unser Wiener Parteiorgan, die „Arb. Btg.“, im Stande war, schon einen Tag vor der Verlesung die Urkunde wörtlich mitzutheilen. Die Hurrahblätter sind darüber ziemlich erboht. „Vielleicht werden sie, meint der „Vorwärts“ treffend, dem Kaiser rathen, seine Urkunden künftig ebenso wie seine Reden aus dem Stegreif vorzutragen, damit sozialdemokratische Blätter sie nicht vor der Zeit der staunenden Mitwelt vorsehen können. Oder können sich die bürgerlichen Blätter seit Dehnhäusen auch nicht mehr für Stegreifreden begeistern?“

Eine Vorlage behufs Ersetzung des Vorbeides durch den Nacheid im Zivil- und Strafverfahren (§ 356 der Zivilprozessordnung und § 60 der Strafprozessordnung) soll von der Regierung vorbereitet werden. Die Vorlage soll noch in der bevorstehenden Tagung dem Reichstage zugehen. Der Reichstag hat sich mit dieser Angelegenheit noch in der verflochtenen Tagung beschäftigt. In der 6. Kommission bei Vorbereitung der Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Strafprozessordnung, sowie der Zivilprozessordnung hatte nämlich der konservative Abg. v. Salisch einen vollständigen Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Strafprozessordnung

und Zivilprozessordnung sowie die Bestrafung wissenschaftlich falscher unbeeideter Aussagen eingebracht und als § 59 der Strafprozessordnung und § 360 der Zivilprozessordnung beantragt: „Der Zeuge ist nach der Vernehmung zu beidigen (§ 360, Satz 2: Mehrere Zeugen können gleichzeitig vereidigt werden).“ Das Plenum des Reichstages hatte dem Antrag Salisch in diesem Punkte zugestimmt. Auch Vertreter der verbündeten Regierungen hatten sich in demselben Sinne geäußert. Es war sonst in der Frage der Vereidigung des Vorbeides durch den Nacheid zwischen Regierungen und Volksvertretung eine Uebereinstimmung erzielt worden. Die Folge dieser Verhandlungen dürfte nun die in der Vorbereitung befindliche Vorlage sein.

Der Majestätsbeleidigungsprozess gegen Maximilian Harden, den Herausgeber der „Zukunft“ hat Montag vor dem Landgericht I in Berlin begonnen. Außer auf Majestätsbeleidigung lautet die Anklage auf Beleidigung des Oberstaatsanwalts Drescher und des Amtsgerichtsraths v. Bode-witz. Die Beleidigungen sollten durch vier Artikel der „Zukunft“ verübt worden sein: einen Artikel „Budelmajestät“, einen Artikel „An den Kaiser“, einen Artikel „Der Wahrheit Rache“ und einen Artikel „Großvaters Uhr“, welche auf die Person des Kaisers gemünzt sein sollen. Harden erklärt: Die Gedanken, die er in seinen Artikeln in der „Zukunft“ verfolgte, seien dahin gegangen: er habe es als ein Unglück für das deutsche Reich gehalten, daß man den Fürsten Bismarck entlassen habe. Den Artikel „Der Wahrheit Rache“ habe er nicht verfaßt, wolle aber den Verfasser nicht nennen, weil er dies nicht für anständig halte, biete aber Beweise für seine Nichtverfasserschaft an. Justizrath Munkel erklärte, daß er von dem Verfasser beauftragt und ermächtigt sei, seinen Namen erforderlichen Falls zu nennen. Der Angeklagte jagte weiter: Er habe den Grafen Caprivi entschieden bekämpft. Den Fürsten Hohenlohe habe er zunächst sympathisch begrüßt, die Sympathie habe aber nachgelassen, weil er meinte, daß Fürst Hohenlohe wegen seines hohen Alters nicht die genügende Thatskraft besitze. Andere Vertreter der Staatsregierung habe er dagegen wiederholt gerühmt. — Staatsanwalt: Wieht der Angeklagte zu, daß er 1) die Politik des deutschen Reiches seit dem Abgange des Fürsten Bismarck als eine durchaus verkehrte bekämpft hat und 2) daß er den Standpunkt vertreten hat, diese Politik sei auf die eigene Initiative des Kaisers zurückzuführen und die Reichsanzüge befähigen kein genügend starkes Rückgrat? — Angeklagter: Er habe nie gesagt, daß alle Maßregeln der Regierung durchaus verkehrt seien, habe vielmehr manche gelobt, gebilligt und gefördert. Die zweite Frage lehne er ab; er habe im Gegentheil immer davor gewarnt, die Person des Monarchen immer in den Vordergrund zu drängen, damit nicht der falsche Glaube entstehe, daß alles Unheil von dem Monarchen ausgehe. — Bei der Verhandlung über die einzelnen Artikel selbst wurde dann die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Artikel „Budelmajestät“ behandelt das babylonische Märchen „Le prince Caniche“ und schildert, wie ein edler Fürstentochter allen Versuchungen der Hyazinthen, ihn zu verblenden und zum Tyrannenwahn zu erziehen, freigiebig widersteht, weil die Erfahrungen, die er selbst macht — der Märchenmacher läßt sie ihn als Budel machen — ihn zu ganz anderer Anschauung und zu weiser Selbstbescheidung führen. — In dem Artikel „An den Kaiser“ beklagt sich der Angeklagte über die erfolgte Beschlagnahme des Artikels „Budelmajestät“ und setzt auseinander, daß dieser unmöglich beleidigend sein könne. Er erklärt darin, er habe nur andeuten wollen, wie eine sympathische Monarchenpersönlichkeit das Herandrängen byzantinischer Liebedienerei empfinden muß. — Der dritte Artikel „Der Wahrheit Rache“ mit dem Zusatz „Aus dem babylonischen Talmud“ ist wieder ein Märchen, worin erzählt wird, daß die Wahrheit in Gestalt eines nackten Weibes sich durch einen Schriftgelehrten vor den Thron eines Königs habe führen lassen, der von Heuchlern und Schmeichlern umgeben sei. Der König habe die angebliche Weisheit des Weibes prüfen wollen und eine Anzahl von Fragen an sie gerichtet. Die Antworten seien so ausgefallen, daß der König vor Zorn erglühete und das Weib fesseln und kreuzigen ließ. Das Weib aber habe sich vom Kreuze losgerissen u. s. w. u. s. w. — In dem vierten Artikel endlich wird in dem Gewande einer Dorfgeschichte allerlei von „Großvaters Uhr“ erzählt, die 30 Jahre im Dorfe richtig die Stunde ausgab und alles in Ordnung hielt, und welcher der Großvater das Gedeihen seines Besitzes verdankte. Nach Großvaters Tode habe der Enkel in jugendfeuriger Ungeduld mit dem altväterlichen Krimskram aufgeräumt und auch die alte Uhr eines Tages in die Kumpfkammer geworfen. Seitdem sei auf dem Hofe alles drunter und drüber gegangen. Der alte Kasten sei dann wieder vom Boden geholt, gereinigt und neu angestrichen worden, aber stumm geblieben, weil er nur als Pierrath dienen sollte, und der Enkel auch ferner selbst die Zeit bestimmen wollte. — Es wurden noch andere Artikel Harden's verlesen, aus denen die ihm vorgeworfene Tendenz nachgewiesen werden sollte.

Der Spinnerrönig, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Arrangeur jener kriecherischen Zustimmungsadresse an den deutschen Kaiser aus Anlaß seiner Tafelrede in Dehnhäusen, — der Geheimrath Saffler hat einen Schlaganfall erlitten.

Auf der Anarchistenjagd. In Magdeburg sind, wie die „Volksstimme“ berichtet, bei einigen Anarchisten und bei einem Kolporteur der „Volksstimme“ Haus-suchungen vorgenommen worden. Dem Kolporteur, von dem man vielleicht vermutet, er verbreite neben sozialdemokratischen auch anarchistische Schriften, ist bei der Haussuchung mitgetheilt worden, man wolle einer ge-

heimen Verbindung auf die Spur kommen. Die Haus-
suchung bei dem Kolporteur war vergeblich; nur einige
Exemplare des Eisenbahner-Organs „Werktag“ wurden
beschlagnahmt. Wie die „Volksstimme“ weiter mitteilt,
war auch die Hausdurchsuchung bei den Anarchisten erfolglos;
außer einigen nicht verbotenen Schriften ist nichts beschlag-
nahmt worden.

Der vierte Parteitag der sozialdemokratischen Partei
Bayerns fand Sonntag und Montag in Würzburg
statt. Anwesend waren 75 Delegierte aus 49 Orten, dar-
unter die Abgeordneten von Vollmar, F. J. Ehrhart,
Scherer und Segler. Zu Vorsitzenden wurden Scherer-
München und Schmitt-München gewählt. Zunächst
referierte Ehrhart-Ludwigsghafen über die parlamen-
tarische Tätigkeit im bayerischen Landtag. Im
Anschluß daran sprach v. Vollmar noch speziell die
Vertretung der Arbeiterinteressen durch die bayerischen
Landtagsabgeordneten. Durch Annahme einer Resolution
wurde den Abgeordneten für ihr erfolgreiches Wirken
unter den bekannten schwierigen Verhältnissen die Aner-
kennung der Delegiertenversammlung ausgedrückt. Von
Interesse ist auch ein von der Versammlung angenommener
Antrag Vollmars: „Die künftige Parteileitung solle recht-
zeitig für die nächste Landtagswahlbewegung ein Wahl-
handbuch herausgeben, in welchem eine Kritik der gegen-
wärtigen Parteien im bayerischen Landtage und statistische
Daten über die Tätigkeit der eigenen Fraktion enthalten
sind. Ferner soll ein Agitationsflugblatt schon in nächster
Zeit für die Landtagswahlen erscheinen.“ Am zweiten
Verhandlungstage nahm der Parteitag den von der
bayerischen Landtagsfraktion mit Rücksicht auf das neue
bayerische Vereinsgesetz ausgearbeiteten Organisations-
entwurf mit geringen Änderungen an. Bayern zerfällt
danach in drei Gauverbände; Oberbayern, Niederbayern
und Schwaben mit dem Sitz in München, die drei
Franken und Oberpfalz mit dem Sitz in Nürnberg
und die Rheinpfalz mit dem Sitz in Ludwigsghafen.
Die Gauverbände unterstehen dem Landesvorstand; der
nächste Parteitag soll in Fürth abgehalten werden.
Die Landtagsfraktion wurde darüber interpelliert, wie es
komme, daß sie im Landtage für die Einführung der kom-
munalen Besitzveränderungsgebühr gestimmt hätte, während
sich der Abgeordnete Ehrhart im Ludwigsghafener Ge-
meinderath gegen die Einführung für die Stadt Ludwigs-
ghafen erklärt hat. Ehrhart und v. Vollmar suchten die
Fraktion dadurch zu rechtfertigen, daß sie die Einführung
der kommunalen Besitzveränderungsgebühr nach den ver-
schiedenen lokalen Verhältnissen beurtheilt wissen wollten,
und daß die Einführung unter Umständen vortheilhafter
für die Arbeiter sei, als eine 10prozentige Umlageerhöhung.
Für die kommenden Landtagswahlen wurde die
Parole ausgegeben, Kompromisse möglichst zu ver-
meiden und überall, wo es möglich sei, eigene Wahlmänner
aufzustellen und selbstständig vorzugehen. Ferner wurde
auf Antrag Vollmars die Landtagsfraktion beauftragt,
dahin zu wirken, daß eine sachmännische Kon-
trolle der Baugewerbe durch eigens dazu auf-
gestellte sachmännische Beamte eingeführt werde, die zum
Theil aus baugewerblichen Arbeitern zu nehmen seien.

Die Aufgaben des Ausschusses der Invaliden- und
Altersversicherungs-Anstalten waren bisher im § 55 des
Gesetzes festgelegt. Dem Ausschusse waren darnach vor-
behalten: Die Wahl der Beisitzer der Schiedsgerichte;
die Prüfung der Jahresrechnung; die Beschlußfassung über
die Bildung von Rückversicherungsgesellschaften; die Ab-
änderung des Statuts; falls ein Aufsichtsrath nicht ge-
bildet worden ist, die Ueberwachung der Geschäftsführung
des Vorstandes. Diese Obliegenheiten sollen, besonners
infolge der Errichtung der örtlichen Rentenstellen, aber
auch aus anderen Gründen, vermehrt werden. Die offiziöse
Presse nennt als solche neue Befugnisse und Aufgaben:
1. Die Festsetzung der Zahl der Bezirke und der Sitze
der örtlichen Rentenstellen; 2. die Wahl der nicht be-
amten Mitglieder des Vorstandes; 3. die Wahl der
Beisitzer der Rentenstellen (neben der dem Ausschusse
bereits zustehenden Wahl der Schiedsgerichts-Beisitzer);
4. die Feststellung des Voranschlags; 5. die Zustimmung
zu Beschüssen des Vorstandes, welche die Erwerbung,
Veräußerung oder Belastung von Grundstücken der Ver-
sicherungsanstalt betreffen. Die beiden letzten, finanziellen
Vollmachten waren auch in dem Böttcherischen Entwurf
schon mit aufgenommen. Sie sind ein Stück parla-
mentarischen Budgetrechts der Unternehmer und Arbeiter,
über das kein Wort weiter zu verlieren ist. Charakteristisch
ist, daß in dem Ausschusse — der selber wieder aus
Wahlen der Krankenkassen-Vorstände hervorgeht, alle Wahl-
rechte vereinigt sein sollen. Der Ausschuss wählt heute
schon die Schiedsgerichtsbeisitzer (§ 71 des alten Gesetzes),
und zwar zu gleichen Theilen in getrennter Wahlhandlung
seitens der Arbeitgeber und seitens der Versicherten. Der
Ausschuss wählt, offenbar in gleichem Verfahren, in Zu-
kunft die nunmehr obligatorischen Vorstandsmitglieder,
soweit sie nicht vom Kommunalverbande oder der Landes-
regierung bestellte Beamte sind. Der Ausschuss wählt
außerdem noch die Beisitzer der örtlichen Rentenstellen.

Ahnenprobe, Erbrecht und Arminraths-Intriguen,
diese Dreieit spielt, wie die „Volksztg.“ treffend be-
merkt, in der neuesten Wendung des Lippe-Deimolder
Thronfolgestreits eine Rolle. Ob Modeste von Anruh,
die langhalsige (ob höchst-, oder bloß hochselig, mögen
Titelträger oder Hofgenealogen tiefgründig ausrechnen),
Großmutter des Graf-Regenten, „ebenbürtig“ war oder
nicht, ist ja wohl 1897 durch das Schiedsgericht ent-
schieden worden. Soweit Graf Ernst, der heutige Regent,
in Frage kam, soll die Dame „ebenbürtig“ sein, nun aber
sicht die Linie Lippe-Schaumburg die Ebenbürtigkeit von
den fünf Brüdern des Grafen an, die doch die-

selbe Großmutter haben. Anders ist der
Schaumburgische Protest absolut nicht zu verstehen, denn
zielte er nicht dahin, sondern gegen den Graf-Regenten
Erbrecht, weil auch der Graf eine „unebenbürtige“ Gattin
habes, so ging die ganze Geschichte die Schaumburger
überhaupt nichts an, da ja des Grafen Brüder und deren
Nachkommen bei einer anders zu ordnenden Thronfolge
allein in Frage kämen. Aber Schaumburg hat den
Bundesrath angerufen, und ob dieser zuständig ist, oder
nicht, ist gegenwärtig eine Streitfrage, die viel Kopf-
zerbrechen hervorruft. Die Vertreter der Zuständigkeit
behaupten es, weil Artikel 76 Absatz 1 der Reichsverfassung
Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten zu entscheiden habe;
die Gegner weisen sehr treffend darauf hin, daß es sich
um den Streit zweier Bundesstaaten gar nicht handle,
sondern um einen privatrechtlichen Erbschaftsanspruch und daß
laut Reichsverfassung der Bundesrath nur eingreifen
dürfe, wenn die Organe der Einzelstaaten
verlangen. Dies ist in der That nicht der Fall, denn
der Deimolder Landtag hat die Erbfolge selbst zu regeln
beschlossen und gerade gegen diese selbstständige Aktion,
die das Reich eingreifen überflüssig
macht, protestirt Schaumburg. So also stehen die
Dinge und sie erfahren eine interessante Illustration durch
eine Meldung aus Detmold, nach welcher der
Archivrath Vertemeier vom Amte suspen-
dirt worden ist. Die Regierung verlangte von ihm
amtliche Schriftstücke, die verschwunden waren. Verte-
meier erklärte diese für Privat-Schriftstücke, über die er
frei verfügen könne. Vertemeier war unter der Regent-
schaft des Prinzen Adolf, des Schwagers des deutschen
Kaisers, zum Archivrath ernannt worden. Gegen B. ist
ein gerichtliches und Disziplinarverfahren eingeleitet
worden. Die verschwundenen Schriftstücke sollen sich zum
Theil in Bieleburg befinden. — Um eine Sache, die mit
vormerklichen „Ebenbürtigkeits“-Beweismitteln und wahr-
scheinlich auch mit Befestigung anvertrauter Archivakten
gerichtet werden soll, muß es verzweifelt übel stehen.

Strafbare Pappschilder. In Breslau wurden vor
einiger Zeit einige Druckereibesitzer angeklagt und
verurtheilt, weil sie auf den Pappschilbern
für die Stimmzettelvertheiler nicht den Druck-
ort angegeben hatten. Nur die konservativen Pappschilder
blieben von jeder Anfechtung verschont. Bei der Ver-
handlung, die am Sonnabend vor der Strafkammer in
Folge der eingeleiteten Berufung stattfand, erfuhr man den
Grund. Auf den konservativen Schilbern
fehlte die Parteibezeichnung! Weil die
anderen Schilber die Parteibezeichnung des Kandidaten ent-
hielten, konnten sie nicht lediglich als eine „lediglich den
Zwecken des Verkehrs dienende“ Drucksache angesehen
werden. Die Berufung wurde deshalb verworfen.

Von der Bergpolizei. Wie das königliche Oberberg-
amt Breslau bekannt macht, hat der gegenwärtige In-
haber des Bergregals der Herrschaft Mys-
lowitz-Kattowitz, Graf Franz Hubert von Thiele-
Winckler, in einem mit der Regierung abgeschlossenen
Vertrage für sich und für seine Rechtsnachfolger im Eigen-
thum der Herrschaft Myslowitz und des Ritterguts Katto-
witz auf das Recht zur Verwaltung der
Bergpolizei unter Vorbehalt der ihm sonst aus dem
Bergregal zustehenden Rechte verzichtet und sich
damit einverstanden erklärt, daß die Verwaltung der Berg-
polizei für den ganzen Bergregalbezirk sofort an den
Staat übergeht. — Damit ist wenigstens für diesen
Bezirk ein Zustand beseitigt, der wiederholt zu öffentlichen
Klagen und Beschwerden Veranlassung hat.

„**Kriegerbund und Sozialdemokratie.**“ Unter dieser
Ueberschrift erläßt der Vorstand des deutschen
Kriegerbundes in seinem Organ „Parole“ folgen-
den Ufaß:

„Alle, welche auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich,
zum nationalen deutschen Staat und zu ihrem engeren Bundes-
staat stehen, sind gleichmäßig berechtigt, in unsere Vereine einzutreten.
Und deshalb sind die Kriegervereine ein glücklicher
Vereinigungspunkt für Männer der verschie-
densten politischen Anschauungen, sofern sie nur
Alle auf dem Boden des Reichs und der bestehenden staatsrecht-
lichen Verhältnisse stehen. Die Kriegervereine werden durch die
Pflege treuer Kameradschaft die politischen Gegner einander näher
bringen und unter ihren Mitgliedern dahin wirken, daß sie im
bürgerlichen Leben, in ihrer Betätigung als Staatsbürger
dasjenige in den Vordergrund stellen, was die Parteien
eint, monarchische Treue, Vaterlandsliebe,
Nationalbewußtsein, und daß sie sich daran gewöhnen,
daß Parteinteresse möglichst zurückzustellen. Das Kriegervereins-
wesen kennt nur einen Gegner, die Umstürzpar-
teien, alle übrigen Parteien, so wie sie vorstehend gekennzeichnet
sind, sollen sich in den Kriegervereinen in breiter Front, Schulter
an Schulter, gegen diesen gemeinsamen Feind vereinigen. Wenn
dem gegenüber an einigen Stellen von Verbänden, mit Vereins-
vorständen auch Anhänger einzelner auf dem Boden der Treue
zu Kaiser und Reich und zu den bestehenden Verhältnissen
stehender bürgerlicher Parteien als nicht in die Kriegervereine
gehörig bezeichnet sind, so kann diese Meinungsäußerung vom
Bundesvorstand nicht gebilligt werden. Die ihr zu Grunde
liegende Anschauung widerspricht dem Geiste des Kriegervereins-
wesens durchaus!“

Wir legen diese Äußerungen kriegervereinerlicher Angst
vor dem „Umsturz“ zu den übrigen.

Frankreich.

Ein beachtenswerther Erfolg der Sozialdemokratie
wird von der französischen Antilleninsel Guadeloupe
gemeldet. Am 2. Oktober fanden dort die Wahlen für
die halbstaatliche Erneuerung des Generalraths
(etwa mit den preußischen Provinziallandtagen zu ver-
gleichen, nur daß seine Kompetenzen umfangreicher sind)
statt. Das dortige „Detachement“ der französischen Ar-
beiterpartei (Marxisten) hatte in sieben Bezirken Kandi-
daten aufgestellt, von denen sechs im ersten Wahlgange
gewählt wurden. Sämtliche Gewählte sind Regere,
wie auch deren Wähler in der Mehrzahl Schwarze sind.

Das Programm, auf welches die Kandidaten sich ver-
pflichtet haben, ist das rein sozialistische, wie es
der Kongreß der französischen Arbeiterpartei festgestellt
hat. Daß der Sozialismus unter der farbigen Bevölke-
rung Guadeloupes so großen Anhang gefunden, ist zum
guten Theil dem unermüdlichen Legitimus, einem jungen
Neger, der in Paris studirt hat und nunmehr Abgeord-
neter von Guadeloupe ist, zu verdanken.

Zur Dreifußsache. Man scheint sich in Generalstabs-
kreisen mit dem Gedanken der Auslieferung der Ge-
heimakten vertraut zu machen. Der „Saulois“ be-
spricht diese Eventualität und giebt dabei nur noch der
Hoffnung Ausdruck, der Kassationshof werde, be-
vor er amtlich einen Einblick in die geheimen Akten nehme,
sich über die Folgen einer etwaigen Indiskretion verge-
weffern. Die Akten seien bisher aus drei Gründen ge-
heim gehalten worden; erstens hätte eine Veröffentlichung
im gegebenen Zeitpunkt ernste dramatische
Verwickelungen herbeigeführt, — die Gefahr sei
gegenwärtig allerdings weniger zu befürchten (aha!);
zweitens würde die Organisation des französischen Spio-
nagebüros auf schwerverse darunter leiden, und drittens
würden hochgestellte Persönlichkeiten da-
durch kompromittirt werden, deren selbstlose (?) In-
tervention in der Dreifußsache geheim gehalten
werden müsse. — Diese Andeutungen sollten für die
Nichter erst recht ein Sporn sein, sich die Geheimakten
anzusehen.

Schweiz.

Der schweizerische Verband der Graveur- und Guillo-
cheur-Arbeiter hat im Kampfe mit einem Fabrikanten
einen bemerkenswerthen Sieg errungen. Der Verband
hat vor einiger Zeit mit der Fabrikanten-Organisation
eine Vereinbarung getroffen, wonach zur Verhinderung
der Arbeitslosigkeit in diesem Berufe keine Lehrlinge ein-
gestellt werden sollten. Ein reichler Fabrikant in Vevre
klammerte sich jedoch nicht darum und hielt heimlich einen
Lehrling. Als er dem Einschreiten des Verbandes keine
Folge leistete, stellten die Arbeiter die Arbeit ein und
nun gab er nach und zahlte sogar noch eine Buße von
500 Fr. in die Verbandskasse der Arbeiter, wie er auch
zusichern mußte, keinen der beteiligten Arbeiter zu maß-
regeln.

Italien.

Paolo Lombroso, die Tochter des bekannten Professors
Cesare Lombroso, wurde in voriger Woche vom Turiner
Gericht zu 3 Monaten und 14 Tagen Gefängniß sowie
100 Lire Geldstrafe verurtheilt, weil sie in unserem
Parteiblatt „Grido del Popolo“ („Volksstimme“) einen
oppositionellen Artikel veröffentlicht hatte. Der Artikel,
der während der Matrimonie erschien, schilderte von der
Verfasserin selbst erlebte Fälle von Elend und Verkommen-
heit in den niederen Volksschichten. Frä. Lombroso hatte
dann daraus Schlüsse auf die Verwerflichkeit der bestehen-
den Gesellschaftsordnung gezogen.

Die Anti-Anarchistenkonferenz tritt am 26. November
in Rom zusammen. Die Residenz der Panamino-Regie-
rung, die das italienische Volk niederknüpelt und aus-
plündert, die auf den Nothschrei des Massenelends mit
Kanonen antwortet und mit dem infamen System der
Lockspitzerei operirt, ist der passendste Ort für diese Polizei-
konferenz.

Spanien.

Das Schicksal der Philippinen ist nunmehr entschieden,
sie werden ganz und gar amerikanisch. Eine Meldung
des „Volkschen Bureaus“ aus Washington besagt, seit der
Abreise der Mitglieder der Friedenskommission nach Paris
ist Präsident Mac Kinley zu der Ueberzeugung gelangt,
daß eine große Volksströmung im Lande für die Annexion
der gesamten Philippinengruppe vorhanden ist. Er ist
deshalb geneigt, dieser Strömung zu willfahren. Es
heißt, daß eine darauf bezügliche Andeutung den Kommissaren
vor einigen Tagen zugegangen ist.

Die amtlichen Meldungen aus Paris bestätigen diese
Nachricht. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: In
der Sitzung der Friedenskommission vom Montag ver-
langten die amerikanischen Delegirten
im Namen ihrer Regierung die voll-
ständige Abtretung der Philippinen an
die Vereinigten Staaten. Dem Vernehmen
nach waren die spanischen Delegirten von der Forderung
der amerikanischen hinsichtlich der vollständigen Abtretung
der Philippinen aufs höchste überrascht. Entsprechend dem
in den vorhergehenden Sitzungen geflogenen Gebrauch be-
schränkten sie sich darauf, von der Forderung Akt zu
nehmen, und berichteten darüber sofort an ihre Regierung.
Da das Friedenspräliminar-Protokoll nur eine provisorische
Befestigung Manilas vorsieht, macht man sich auf energische
Einsprüche der spanischen Regierung gefaßt, die in der
Sitzung der Kommission am Freitag zum Ausdruck kommen
dürfte.

Die Amerikaner werden sich um diesen Einspruch, von
dem Recht des Stärkeren rücksichtslos Gebrauch machend,
wohl wenig kümmern. Spanien besitzt keine Flotte mehr,
um seinem Protekt Nachdruck zu verleihen, es liegt auch
finanziell so darnieder, daß es an keine Wiederaufnahme
des Krieges denken kann. Mit dem Verlust der Philippinen
scheidet Spanien völlig aus der Reihe der Kolonial-
mächte aus.

Lübeck und Nachbargebiete.

2. November.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnhöhen ist
der Zugang nach der Fabrik Rose u. Schweighoffer,
gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau be-
findet sich Lederstraße 3. Die Streikkommission.

laß, ausgestoßen und der Musiker Gustav L. hatte hierzu einen kräftigen Zuschlag gegeben. Das Schöffengericht sah das Hoch auf den Bürgermeister als eine Verhöhnung (!) desselben an und verurtheilte Fr. zu drei Wochen Gefängnis. Gegen L. konnte nicht verhandelt werden, weil er inzwischen zum Militär eingezogen worden ist. — Und die Moral von der Geschichte, bringt ein Hoch dem Bürgermeister nicht!!

Barchim. Militärjustiz. Das Divisionsgericht zu Schwerin hat den Dragoner Max Horn, welcher am 14. Mai d. J. seine Garnison Barchim heimlich verließ und darauf fahnenflüchtig wurde, wegen Diebstahls zu 2 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Derselbe ist der Strafanstalt Dreierbergen überwiesen.

Aus Mah und Fern.

Um was die Polizei sich zu kümmern hat. Ein Berliner Arbeiter hatte sich bei dem Magistrat einer Provinzialstadt um die Stellung eines Kassenboten bei der städtischen Gasanstalt beworben, worauf die städtische Behörde den Bewerber ersuchte, das übliche Führungs-attest beizubringen. Dem Antragsteller wurde darauf vom Berliner Polizeipräsidenten in der üblichen Form

„auf Grund amtlicher Ermittlungen“ bescheinigt, „daß Bestrafungen desselben während seines hiesigen Aufenthaltes nicht bekannt geworden sind.“

Soweit war die Sache für den Arbeiter in Ordnung, das Schema unterschied sich in nichts von dem seit Alters her gebräuchlichen.

Über halt! Beim Umwenden zeigte sich auf der Rückseite des zweiten Blattes, auf dem ersten Blick kaum bemerkbar, daß man auch am Alexander-Platz „mit allen Chikanen der Neuzeit“ arbeitet. Ein kurzer Satz in moderner Schreibmaschinenschrift und der Inhalt des Satzes ebenfalls in jeder Beziehung zeitgemäß.

Es stand, wie der „Vorwärts“ mittheilt, zu lesen:

Verlin, den 1. d. Mts. Ist im Jahre 1894 einem hiesigen sozialdemokratischen Verein beigetreten, hat sich zwar nach der Ende 1895 erfolgten Schließung dieses Vereins in politischer Hinsicht nicht wieder bemerkbar gemacht, ist aber noch Abhänger des „Vorwärts“ und soll nach wie vor Anhänger der Sozialdemokratie sein.

Politische Polizei.
(Name unleserlich.)

Den Kaufmörder Wegener hat die Polizei immer noch nicht!!!

Stadtheater. Freitag, den 4. d. Mts., wird die mit großem Beifall aufgenommene Beethoven'sche Oper „Fidelio“ in der

bekanntem Besetzung wiederholt. Mit Herrn Emil Blöb als Gast geht Sonnabend, d. 5. d. Mts., nochmals „Othello“, Trauerspiel v. W. Shakespeare, zu kleinen Preisen in Scene.

Arkus Varieté, Neuterrng. Am Dienstag hielten unter lebhaftem Beifall der zahlreichen Besucher die Künstler des vierten Spielplans dieser Saison ihren Einzugs. Heinrich Kalnberg hat wieder einmal gezeigt, wie er die rege Theilnahme an seinem Unternehmen durch das Engagement bester Kräfte zu guttieren weiß. Jedem der aufstretenden Künstler speziell anzuhören, müssen wir wegen des Raum Mangels unterlassen, doch können wir mittheilen, daß wohl alle Besucher dieser interessanten, volkstümlichen Vorstellungen ihre Rechnung finden. Der einbekannte Turnerkönig, Hr. Vargold, mit seinem zwar mittelberregenden, trotzdem aber hochinteressanten Vorführenden, sowie auch der originelle Banberklänster Hr. Melot-Hermann werden wohl stets des größten Beifalls sicher sein. Außerdem sorgt Heinrich Kalnberg mit allen sonst engagierten durchweg guten Kräften für gebräutes Amusement.

Stierkampf-Spielmann.

Hamburg, 2. November

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 420 Stück. Preise: Verbandschweine, schwere 56-57 M., leichte 58-59 M., Sauen 48-53 M. und Ferkel 55-57 M. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. Vm. Witos, Schutz, ist am 2. November in Meval eingetroffen. D. Lubow, Hannover, ist am 2. November von Petersburg in Eridorf eingetroffen. W. Heinrich Jäder ist am 2. November von Wismar in Gese eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lüberer Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gesucht eine kleine Wohnung

am 1. Januar für einen alleinstehenden Mann. Off. unter S 120 an die Exped. d. Bl.

Ein tüchtiger Schuhmacherselle sofort gesucht. H. Görz, Weid. Alter 64

Gesucht zu sogleich ein Knecht bei hohem Lohn. Paul Burmester, Langer Vorberg 49.

Sofort ein kräftiger Laufbursche außer der Schulzeit. Schilbstraße 4.

Zu kaufen gesucht ein H. Haus mit 2 Wohnungen, am liebsten mit Hofplatz. Näheres Engelstraße 83.

Haushands-Wäsche wird sauber gewaschen und ausgebleicht. Sobowstraße 11, parterre im Hinterhof.

Ein neues gutes Sopha sehr preiswürdig zu verkaufen. Große Erbstraße 21, part.

W. Prahl, Maler,

Meißnerstraße 12. empfiehlt sich dem werthen Publikum zur Anfertigung sauberer Malerarbeiten aller Art bei billigen Preisen.

Feine französische Eshartoffeln Prima gelbe Magnum bonum sind eingetroffen und empfiehlt Johs. Prehn, Krähenstraße 32.

Am Freitag den 4. und Sonnabend den 5. November habe

auf der Bahn, beim Gültshuppen 1 Waggon

ff. böhm. Äpfel zu verkaufen. Abnahme von 20 Pfd. an. F. Schaper.

Mohr'sche Margarine

feinstes Produkt FF Pfd. 60 Pf. Marke A B Pfund 50 Pfd. hält im Laden rechts bestens empfohlen.

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Habe schon wieder ein junges Pferd geschlachtet wovon ich Beefsteak u. Bratenstücke empfehle. H. Rieck, Hühnerstraße 42.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
Prima gekochte Mettwurst
Prima geräucherter Mettwurst
Prima Ferrelwurst
Prima Leberwurst
Prima Grauschweiger Wurst
Prima Thüringer Blatwurst
Prima Sülze
sowie sämtlichen Aufschnitt empfiehlt
Heinr. Schmidt, Hühnerstraße 43.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

UNION-BLEICHESODA

besser als Henkel's Soda — ist das weitaus beste Fabrikat des Deutschen Reiches.

Siehe den Aufdruck der Packete. Sodafabrik „UNION“, Plön.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1899

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Complete Zimmer-Einrichtungen, hübsche Tisch-Garnituren, ganze Ausstattungen von 150 Mk. an, sowie alle Art Möbel, Spiegel und Polsterwaren in einfacher und besserer Ausführung, solche anerkannt billig.

Karl Prüssmann, Möbel-fabrik, 55 Hühnerstraße 55

Auf Wunsch Verkauf auch auf Abzahlung.

Folker's Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25

empfehlen gut gearbeitete Möbel, Spiegel und Polsterwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Verfügen Sie nicht vor Anschaffung einer Lampe die Lampen-Ausstellung bei

Carl Buchholtz 10b Fackenburg Allee 10b

in Augenschein zu nehmen. Wand- u. Küchenlampen von 35 Pfd. an.

Tischlampen von 1,50 M. an Hängelampen von 4 M. an Kronen, 6 armig, von 16 M. an Ampeln von 2,50 M. an.

Nur mit Prima Brenner versehen. * * Local-Triumphlampen * * mit bisher unübertroffener Leuchtkraft.

Lampengläser Kuppeln und Dochte empfiehlt en gros und en detail

Carl Buchholtz 10b Fackenburg Allee 10b.

Grosse Auction!

Freitag den 4. Novbr., Nachm. 2 1/2 Uhr in der

14 Hundestraße 14

über: Mobilien, Waaren aller Art, Cassenreife mit 4 Stühlen, diverse andere Sophas, Tischstuhl, Servanten, Nähmaschine, diverse Schloßkoffer, Koffer, diverse Bettstellen, Klavier, Sopha's, diverse andere Tisch, sehr gutes Bettzeug, eigener Koffer, 1 Ledentisch, Hängelampen, ferner ein großer Posten Mode- und Jagdweste, Leibbinden, Damenhemden und gestricke Röcke, Strümpfe, Barcbendwesten, Bleichsoda, Seife, ff. Cigaretten, Schmuckachen u. v. n. Gen. mehr.

J. C. B. Schmeil, Auctionator und Taxator.

Lübeck's billigste Schnellbehoht-Anstalt mit Maschinenbetrieb ist 34 Fischergarube 34.

Anfertigung aus Kernleder. Als Fachmann liefere streng reell. A. Stapelfeldt.

Meierei-Zafel-Butter

feinstes Produkt empfiehlt zu stets billigsten Preisen im Laden links Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Berschießen von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchsfleisch am Sonntag den 6. Novbr.

im Lokale des Herrn Fr. Kiencke, Untertrave 79. Anfang 11 Uhr Morgens. Einsch 50 Pfd. Hierzu ladet freundlicht ein Fr. Kiencke.



Auspielen von fetten Gänsen, Enten, Hasen, Karpfen und Rauchsfleisch am Montag den 7. Novbr. 1898. Anfang Morgens 10 Uhr. Einsch 50 Pfd. Hierzu ladet freundlicht ein

J. Reemer, 2. Wallstr. 33.

Auspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsfleisch auf einem Ziehbillard am Sonnabend den 5. Nov. In Kaiser's Restaurant Kleine Mtefähre 23.

Anfang Morgens 10 Uhr. Einsch 50 Pfd. wozu ergebenst einladet C. Kaiser.

Ausspielen

von Gänsen, Karpfen u. Rauchsfleisch auf einem Ziehbillard am Dienstag den 8. Novembr.

Anfang Morgens 10 Uhr. Einsch 50 Pfd. W. Meyer, Balauerstraße 31.

Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsfleisch auf einem Ziehbillard am Sonntag den 6. Novbr.

Einsatz 50 Pfd. Hierzu ladet freundlicht ein

A. Schnoor, Einsiedelstraße.

Ton-Halle

← Schmiedestraße. → Täglich großes Concert der berühmten 1. ungarischen Capelle „Szilagy!“

Die Capelle concertirte bisher im Bier-palast St. Pauli-Hamburg und hatte die Ehre vor verschiedenen deutschen Fürsten zu concertiren, u. n. vor Ihre Majestäten König von Sachsen und Kaiser Wilhelm II. Entree 30 Pfd.

Circus Variété

Internationaler Specialitäten-Congrès! Alles neu für Lübeck. Noch nie gesehene Leistungen.

Unter Andern: Mr. u. Mad. Melot-Hermann

der geniale Prestidigitateur francais und das gesammte großartige Weltstadt-Programm.

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr. Biletts im Vorverkauf bis 6 1/2 Uhr u u r bei Hrn. Sager u. Borchert erüchtig.

Kinderbiletts werden nicht ausgegeben. Sämtliche Biletts haben u u r für den Spielplan der Lösung Gültigkeit, Loger und Sperrsit nur für den Tag der Lösung. Die Direction.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 4. Novbr. 37. Vorstell. **Fidelio.** Oper in 2 Akten von L. v. Beethoven. Grosse Preise. Sonnabend den 5. November. 38. Vorst.: Klassische Vorst. zu kleinen Preisen. Gastspiel des Herrn Emil Blöss.

Othello. Trauerspiel in 5 Akten von W. Shakespeare. Othello — Hr. Emil Blöb a. G. Kleine Preise. Anfang 7 Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 259.

Freitag, den 4. November 1898.

5. Jahrgang.

Die sozialen Klassen in Deutschland.

Nach den statistischen Erhebungen und den Ergebnissen der letzten Volkszählung würde die Kapitalistenklasse in Deutschland heute repräsentiert sein durch 416 000 Personen, von denen 80 000 der Industrie, 110 000 dem Handel und Verkehr angehören, 25 000 Großgrundbesitzer und 200 000 Rentiers sind. Die Kapitalisten zählen demnach nur noch 1,82 pCt. der Bevölkerung, welche vom Ertrage ihrer Arbeit lebten.

Die Mittelklasse setzt sich aus zwei getrennten Schichten zusammen; eine alte, rückständige Schicht und eine neue, die vom Geiste der Neuzeit erfüllt ist. Die erstere wird von etwa 1 292 000 Personen vertreten und setzt sich folgendermaßen zusammen: 282 000 Bauern, 250 000 Handwerker und 760 000 kleine Kauf- und Handelsleute. Die andere würde 1 800 000 Personen umfassen, die in folgende Unterabteilungen zerfallen: Das höhere Personal in Industrie und Verwaltung 650 000; Beamte der Justiz und Verwaltung 650 000; Lehrer 220 000; in den freien Professionen thätige Personen 200 000; besoldete Personen, welche den Einfluß der industriellen Evolution empfunden haben 400 000; zusammen 1 800 000 Personen.

Die tiefgehenden Unterschiede, welche diese beiden Schichten der Mittelklasse von einander trennen, lassen sich folgendermaßen angeben: Die erstere besteht aus unabhängigen Produzenten, die andere verkauft nur ihre geistige oder leibliche Arbeitskraft; die erstere repräsentiert eine überlebte Produktionsweise und eine überlebte politische Organisation, während die andere von den Leuten gebildet wird, welche die Gestaltung und Leitung der modernen Industrie und der modernen Staatsentwicklung in der Hand haben. Die letztere würde keinerlei Klassen-Interesse haben, während die andere davon beherrscht wird. Die erstere rückständige Mittelklasse findet man hauptsächlich auf dem flachen Lande, die Städte und Industriemittelpunkte liefern den Bestand der modernen Mittelklasse.

Demnach ist es nicht verwunderlich, wenn diese letztere, etwa mit Ausnahme des bürokratischen Beamtenpersonals, in der Hauptsache intelligent, unterrichtet und strebsam ist, während die andere verhältnismäßig abgeschlossenen, beschränkt, egoistisch auf jäher Erhaltung und Vertheidigung ihrer persönlichen Interessen ist.

Das Proletariat setzt sich etwa folgendermaßen zusammen: Industrie- und Arbeiterproletariat: 6 000 000, Tagelöhner: 200 000, Handwerker, die mit dem Industrie- und Arbeiterproletariat solidarisch sind: 1 200 000, Proletariat des Handelsstandes: 2 000 000, ländliche Proletariat: 5 000 000, somit zusammen 15 000 000.

Das ist so ungefähr die ökonomische Struktur Deutschlands.

Wenn man die Positionen, welche die beiden Gruppen in der bevorstehenden sozialen Revolution einnehmen dürften, kennen lernen will, so dürfte man folgende Aufstellung machen:

Armee des Kapitals:	Personen:
Kapitalistenklasse	416 000
Im Dienste des Kapitals:	
Personal der Verwaltung	650 000
Beamte und Offiziere	650 000
Handwerker	250 000
Zusammen	1 646 000

also etwa 8 Proz. der Bevölkerung.

Carriere.

Roman von Olga Wohlsbrück.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Er fühlte sich plötzlich verlegt, daß sich diese fremde Frau anmaßte, Claire gleichsam zu kaufen.

Die Wittwe lächelte.

„Ich spreche ja gar nicht von Ihrer Frau, sondern von Ihrem Schwiegervater. Sie schilberten mir denselben als einen praktischen Mann. Glauben Sie mir, wenn er sieht, daß eine Scheidung für seine Tochter von Vortheil ist, so wird er alles thun, um dieselbe zu beschleunigen, statt derselben, wie er es jetzt thut, Hindernisse in den Weg zu legen. Die Angelegenheit zieht sich nun schon seit einem Jahre zwecklos in die Länge. Glauben Sie mir, es hat mich tief gekümmert, Ihnen nicht helfen zu können, nicht helfen zu dürfen. Jetzt liegen die Dinge anders. Jetzt sind sie schon aus Rücksicht für Bethy gezwungen, die Entscheidung herbeizuführen mit allen Ihnen jetzt reichlich zu Gebote stehenden Mitteln. Bethys Situation ist ja nichts weniger als angenehm. Die Gesellschaft nimmt an, daß Sie bereits geschieden sind, und Sie sind es ja auch in Wirklichkeit. Ueber die leeren Formalitäten muß man so rasch als möglich hinwegkommen.“

Die Wittwe hatte Recht.

Der alte Baumgart schrieb, daß er und seine Tochter „bis auf Weiteres“ die Rente annehmen wollten, welche Parker ihnen zusagte, und daß er nun selbst gar keinen Einwand mehr erheben würde gegen eine Scheidung, auf die Claire in ihrer Unkenntniß des realen Lebens nur zu leicht eingegangen sei.

Armee des Proletariats:

Arbeiter und Handwerker, die mit dem Proletariat solidarisch sind:	15 000 000 = 78,5 Proz.
Vom Kapital ruinirt, aber noch nicht proletarisirte Klassen:	
Kleinbauern	2 200 000 = 10,7
Kleine Industrie- und Gewerbetreibende:	760 000 = 3,7
Soziale Gruppen, welche unabhängig vom Kapital, durch die ökonomische Evolution veranlaßt sind, alle ihre Kräfte anzuspannen:	
Freie Profession ausübende	200 000
Lehrer	220 000
Roborne Handwerker	400 000
Zusammen	820 000 = 4 Proz.

Bei Betrachtung dieser obigen Angaben kann man sich leicht sagen, daß die soziale Revolution in Deutschland vielleicht näher ist, als man im Allgemeinen glaubt, und daß die Befangenheit und Furcht der besitzenden Klassen mehr als je gerechtfertigt sind. Wenn es keine Armee, keine Polizei, Magistrate und Bureaucratie mit ihren Privilegien gäbe, könnte nichts den Sturm vorwärts der politischen Evolution aufhalten, welche gemäß seinem revolutionären Charakter die vollständige Umgestaltung unserer sozialen Organisation herbeiführen muß.

Diesen Artikel der „Petite Republique“, eines Pariser sozialistischen Tagesblatts, unterbreiten wir unsern Lesern, weil er sehr deutlich zeigt, wie gering die Zahl der Privilegirten ist, welche eine in der Natur der sozialen Entwicklung nothwendig begründete Umgestaltung der Gesellschaft mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Es gilt nun, die weit überwiegende Mehrheit, welche jener Minorität gegenübersteht, aufzuklären über ihre eigenen Lebensinteressen, über das wahre Wohl der Gesamtheit Aller, und vermöge dieser Aufklärung dem Fortdauern immer unerträglicher werdender Verhältnisse ein Ziel zu setzen, nicht auf dem Wege der brutalen Gewalt, wie sie den „großen Männern und Helden“ immer vorzweht und immer von ihnen gehandelt worden ist, nicht auf dem Wege von Mord und Verstörung, sondern auf dem Wege der Belehrung, der Organisation und des methodischen Um- und Aufbaues des dem Einsturze nahen Gefüges, des modernen Kapital- und Militärstaats.

Soziales und Partei-Leben.

Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsgeoffenen hielt in voriger Woche seine siebenzehnte ordentliche General- Versammlung in Mainz ab. Anwesend waren 41 Delegirte, die 182 Füllalen mit 6148 Mitgliedern vertraten. Zu Vorsitzenden wurden H. F. J. S. Lübe und S. Krüger - Dresden gewählt. Im Verlaufe der Verhandlungen erstattete der Vorsitzende Tobler - Hamburg Bericht. Redner konstatierte ein erfreuliches Erstarken des Verbandes.

Im Jahre 1897 sind 7094 Aufnahmen erfolgt, 5048 wurden im 1. und 2. Quartal 1898 aufgenommen, weitere 3000 wird das 3. Quartal mit sich bringen. Von jeher habe der Verband mit einer stark fluktuirenden Mitgliederzahl zu thun gehabt, um so erfreulicher ist es, daß sich in verschiedenen größeren und kleineren Orten durch die sogenannte Hausagitation, Anträgen der Zeitung, Einföhrung der Beiträge, eine größere Stabilität des Mitgliederstandes zeigt.

Die letzte Generalversammlung von Kassel hatte weitgehende Beschlüsse gefaßt: die Erhöhung der Beiträge im Sommer von 15 auf 20 Pf., das Erheben des „Vereins-Anzeiger“ anstatt alle 14 Tage jede Woche, Zahlung der Reiseunterstützung seitens der Vereinigung, Verlegung des Vorstandssitzes von Berlin nach Hamburg. Seit der letzten General- Versammlung haben sich 58 Füllalen gegründet, aufgelöst 24 und aufgelöst und wieder neu gegründet 6

Die Wittwe triumphirte. Sie konnte sich aber Parkers Bestimmung nicht denken.

Er selbst hätte sich dieselbe schwer zu erklären vermocht. Vermißte er plötzlich bei seiner einstigen Frauen jenen Idealismus, der ihm selbst noch völlig mangelte? Es verdross ihn beinahe, daß Claire die Rente annahm, und daß er nicht mehr für ihre Uneigennützigkeit einsehen durfte, wie er es gerne gethan. Den Worten „bis auf Weiteres“, die im Briefe des alten Baumgart vorkamen, legte er keine große Bedeutung bei und mußte es ruhig hinnehmen, daß die Wittve ihm eines Tages sagte:

„Ich freue mich nur, daß Bethy von der unheilvollen Vorstellung geheilt wird, als wollte sich Ihre Frau aus Liebe zu Ihnen nicht scheiden lassen. Diese Romantik wird am besten durch Ziffern widerlegt.“

Bethy, mit der Parker nie über seine Vergangenheit sprach, schien seit einiger Zeit allerdings ruhiger.

Sie sträubte sich nicht gegen eine Lieblosung und wich auch nicht den forschenden Blicken ihres Bräutigams so ängstlich aus.

Endlich, endlich nach vielen Wochen erhielt Parker die Scheidungsurkunde.

„Gott sei Dank!“ rief die Wittve.

Sie athmete auf, als hätte sie eben eine mühevolle Arbeit vollendet.

„Nun wollen wir aber auch nicht zögern, unsere Verpflichtung einzuhalten. Ich gebe Ihnen sofort eine Anweisung an meinen Bankier. Hat Baumgart Ihnen nicht geschrieben?“

„Ja wohl, aber ich fand noch nicht Zeit, den Brief zu lesen.“

Füllalen. Die Vereinigung erstreckt sich jetzt über 240 Orte Deutschlands.

Der „Vereins-Anzeiger“ ist seit dem 1. April 1897 bis zum 1. Oktober 1898 in 681,700 Exemplaren verkauft worden. Die augenblickliche, höchste Auflage beträgt 10,500. Die Expedition verurtheilt einen Kostenaufwand von 4045,38 Mfr. Daß es dem Verein an Vollzeitschreibern auch in diesem Berichtsjahre nicht gefehlt, davon liefert Redner eine Anzahl Beispiele.

In Betreff der finanziellen Leistungen der gesammten Vereinigung könne man ebenfalls erfreuliche Besserung konstatiren. Die Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtung hat das Vertrauen zu der Vereinigung gestärkt und wesentlich zu der erfreulichen Entwicklung beigetragen. Angesichts dieser Thatfache und der Zahl der Aufnahmen, die wiederum in diesem Berichtsjahre erfolgten, werden die Einzelnen Besorger der Ermäßigung des Eintrittsgeldes und der Ablieferung von 50 pCt. an die Hauptkassen einen schweren Stand haben.

Den Beschlüssen und Wünschen der letzten Generalversammlung sei hinsichtlich der Agitation die weitestgehende Rechnung getragen worden. Die großen Agitationstouren wurden vermieden und den Anforderungen nach Referenten in den meisten Fällen sofort entsprochen. Seitens des Vorstandes sind zwei Flugblätter ausgearbeitet und in 35 000 Exemplaren verbreitet worden. Ein Flugblatt der Generalkommission wurde in 20 000 Exemplaren verbreitet. Die Statistik der Reisen unter der Leitung im Winter 1897/98 weise nach, daß von derselben 274 Mitglieder Gebrauch machten.

Im Jahre 1897 haben 9 Lohnkämpfe stattgefunden, an denen 322 Kollegen theilhaftig waren, davon sind 6 gewonnen, 2 nur theilweise und 1 ganz verloren. Einer der hartnäckigsten Streiks war der in Speyer, der 11 Wochen dauerte, jedoch verloren ging. In diesem Jahre haben 10 Lohnkämpfe stattgefunden, an denen 1175 Kollegen theilhaftig waren. Davon sind 6 gewonnen, 2 nur theilweise und 2 als verloren zu betrachten. Der Vorstand hält es für nothwendig, daß in Zukunft neben den Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch eine Streikstatistik geführt wird, um jederzeit der herrschenden Gesellschaft mit ihrem herrschlichen Treiben die volle Wahrheit in's Gesicht schleudern zu können.

Nach dem von W. Entler - Hamburg erstatteten Kassenericht betragen die Einnahmen vom 1. Januar 1897 bis 30. September 1898 106 672 Mfr., die Ausgaben betragen 94 488 Mfr., darunter 8239 Mfr. für Agitation, 19 363 Mfr. für den Vereinsanzeiger, 22 900 Mfr. für Streikunterstützungen (darunter 1000 Mfr. für die Hafenarbeiter in Hamburg und 1000 Mfr. für die englischen Maschinenbauer), 1655 Mfr. Reiseunterstützung, 523 Mfr. für Rechtsschutz, Verwaltungskosten 11 252 Mfr. Der Kasienbestand beträgt zur Zeit 22 579 Mfr.

Am zweiten Tage beschäftigte sich die Versammlung, nachdem der Kasienbericht genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt war, mit dem Bericht des Ausschusses und der Preskommission. Ein Antrag auf feste Anstellung eines Redakteurs für das Vereinsorgan veranlaßte eine äußerst lange Debatte. Schließlich wurde der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen und gleichzeitig bestimmt, daß der auszustellende Redakteur den Vorstand in den allgemeinen Arbeiten mit unterstützen solle. Ein Antrag, den Titel des Verbandesorgans „Vereinsanzeiger“ abzuändern, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Am dritten Verhandlungstage stand die Arbeitslosenunterstützung zur Entscheidung. Der Referent W. H. Kolb - Karlsruhe ging zunächst auf die Einnahmen, die von den Gegnern geltend gemacht werden, ein und giebt alsdann ein Bild über die Ausgaben derjenigen Gewerkschaften in Deutschland, die bereits die Unterstützung haben.

Nach einer sehr mangelhaft aufgenommenen Statistik unter den Verbandsmitgliedern habe sich ergeben, daß von 4440 daran theilhaftigen Personen 3356, gleich 76 pCt., arbeitslos gewesen seien. Auf das Mitglied komme eine Arbeitslosigkeit von 43 Tagen. Der wöchentliche Beitrag allein für die Arbeitslosenunterstützung bemesse sich auf rund 60 Pfg. Da es nun ein Umling sei, den Beitrag plötzlich auf mindestens eine Mark zu erhöhen, aber in der Unterstützungsfrage etwas geschehen müsse, so stellte Redner den Antrag, den Mitgliedern im Falle der Erkrankung einen wöchentlichen Zuschuß von, bei

1 Jahr Mitgliedsh. pro Woche Mfr. 3,-, währ. 4 Wochen	
2 " " " " 4,-, " 6 "	
4 " " " " 5,-, " 8 "	
6 " " " " 6,-, " 10 "	
8 " " " " 7,-, " 12 "	

zu leisten.

Nach einer sehr eingehenden Debatte wurde, nachdem sich die Versammlung im Princip mit der Einführung der Arbeitslosen-

„Geben Sie her . . .“

Sie nahm ihm ungeniert den Brief aus der Hand und fragte: „Darf ich?“ als sie das Kouvert bereits zerrissen.

Sie las ihn halbblut und flüchtig, wie etwas Neben-sächliches, vor sich hin:

„Gehretter Herr! Nun, da die Scheidungsurkunde in Ihrer Hand, haben wir uns nichts mehr zu sagen. Vielleicht gewährt es Ihnen eine gewisse Beruhigung, wenn ich Ihnen mittheile, daß meine Tochter ohne Groll an Sie zurücktritt und Ihnen auf Ihrem ferneren Lebenswege Glück wünscht. Mir liegt es nun ob, über die Interessen und das Wohlergehen meiner Tochter und Enkelin zu wachen und an ihnen Gatten- und Vaterstelle zu vertreten. Das will ich getreulich thun. Achtungsvoll

N. Baumgart.“

Parker war sehr bleich. Selbst die Wittve konnte eine gewisse Bewegung nicht gänzlich verbergen. Sie schob den Brief in das Kouvert zurück. Plötzlich hob sie erschrocken den Kopf. Ein leises Weinen drang aus der Vertiefung des Erfers herüber.

„Bethy . . .“ flüsterte die Wittve.

Sie sah Parker in die Augen, und beide hatten in dem Augenblick die Empfindung, als begingen sie eine große, unfehlbare Schuld, ein Verbrechen . . .

„Bethy!“ wiederholte nochmals die Wittve lauter, wie rufend.

Ein Stuhl wurde gerückt, und leichte Schritte näherten sich. Parker wagte es nicht, seine Braut anzusehen.

„Er ist nun frei, ganz frei,“ sagte die Wittve mit

